

STADTGESPRÄCH

Eine Information der CDU Kelsterbach
Ausgabe Mai 2009



Liebe Kelsterbacherinnen,
liebe Kelsterbacher,

bevor wir uns der nächsten Wahl des Jahres 2009 widmen, möchten wir uns für Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl im Januar diesen Jahres bedanken. Mit Ihrer Hilfe hat Patrick Burghardt das Direktmandat gewonnen und ist damit in den hessischen Landtag eingezogen.

In dieser Ausgabe des Stadtgespräches erlauben wir uns, Ihnen unseren Kandidaten zur Europawahl am 07.06.2009, Michael Gahler (MdEP), näher vorstellen. Wie gewohnt, finden Sie auf der Rückseite ausführliche Informationen.

Weiterhin laden wir Sie ein, unseren Kandidaten persönlich kennen zu lernen:

Dämmerschoppen mit Michael Gahler, MdEP

Mittwoch, den 13.05.2009

19:00 - 20:30 Uhr

**Hotel-Restaurant Lindenhof
(An der Siedlung 1, Kelsterbach)**

Hierbei haben Sie die Gelegenheit, Ihre Fragen zum Thema Europa etc. direkt an ihn zu stellen. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Ihre Kelsterbacher CDU

Uwe Albert - Vorsitzender

CDU Stadtverband Kelsterbach, Uwe Albert, Albert-Schweitzer-Str. 6-8,
65451 Kelsterbach, Tel. 64746

www.CDU-Kelsterbach.de

eMail: info@cdu-kelsterbach.de

Michael Gahler



1960 geboren am 22. April in Frankfurt am Main
seit 1975 wohnhaft in Hattersheim - Okriftel
1981 - 1990 Studium und Ausbildung zum Volljuristen in Mainz, Dijon, Frankfurt, Hochheim, Brüssel
1990 - 1999 Diplomat im Auswärtigen Amt
1986 - 2001 Stadtverordneter, später Kreistagsabgeordneter
seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, Stv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Mitglied im Haushaltsausschuss, CDU-Sprecher für Menschenrechte

Europa - nur gemeinsam stark.

Am 7. Juni 2009 wird das Europäische Parlament neu gewählt.

Warum sollen die Bürgerinnen und Bürger wählen gehen?

Das Europäische Parlament ist das einzige EU-Organ, das von den Bürgern direkt gewählt wird. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt das Mandat der Abgeordneten - und damit die Rolle des gesamten Parlaments.

In den letzten Jahrzehnten ist die Welt enorm zusammen gewachsen. Deutschland kann gegen globale Probleme alleine nur schwer ankämpfen. In Europa gilt - nur gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam haben wir das Gewicht, unsere Vorstellungen auch in die Tat umzusetzen. Das zeigt sich im Umgang mit der aktuellen Krise der Finanz- und Wirtschaftsmärkte oder den Herausforderungen internationaler Sicherheitspolitik. Die CDU will diese großen Aufgaben gemeinsam in Europa regeln. Wir wenden uns aber gegen europäische Zuständigkeiten, die den Alltag der Menschen unnötig einengen, Stichworte: der Kampf um die Bezeichnung "Apfelwein" oder die Irritationen über den Salzgehalt im Brot.

Welche Konsequenzen sind aus der aktuellen Krise der Finanz- und Wirtschaftsmärkte zu ziehen?

Wir müssen gemeinsame gesetzliche Bestimmungen verabschieden, wonach keine Finanzinstitution, kein Finanzprodukt und kein Territorium ohne Aufsicht und

verbindliche Regeln bleiben. Daran arbeitet zur Zeit auch das Europäische Parlament, z.B. mit einer Regelung für Rating-Agenturen.

Seit sich die US-amerikanische Finanzkrise zu einer Wirtschaftskrise fortentwickelte, befindet sich die gesamte europäische Industrie, die hessische Automobil-Industrie eingeschlossen, in einer problematischen Lage. Im Bewusstsein, dass die Automobilbranche mit 12 Millionen Arbeitsplätzen und einer Wertschöpfung von 140 Milliarden Euro einen bedeutenden Sektor darstellt, setzt sich der Großteil des Europäischen Parlaments für abgestimmte und konditionierte Hilfe ein. Der Ansatz, staatlicherseits Unterstützung zu geben, sobald ein Investor gefunden wird, ist hierbei richtig. Alle weitergehenden Versprechungen, die auf einen direkten Einstieg des Staates in einzelne Unternehmen abzielen, sind politischerseits unverantwortlich.

Gerade unsere gemeinsame Währung schützt uns in der Finanzkrise vor unkontrollierbaren Auswirkungen. Die Europäische Zentralbank nimmt ihre Rolle als Hüterin der Währungsstabilität gut wahr. Als „Exportweltmeister“ hat unsere deutsche Wirtschaft besonders von der einheitlichen Währung profitiert. Deshalb wäre es jetzt falsch, sich protektionistisch abzuschotten. Bisher war der Euro ein Garant für Sicherheit und Stabilität in Europa - und wird es auch bleiben.